

Der Freiheitskämpfer

ORGAN DER KÄMPFER
FÜR ÖSTERREICHS FREIHEIT

Großmacht Österreich

Es mag viele Kameraden, Freunde und Leser dieser Zeilen erstaunen, daß es überhaupt notwendig erscheint, nach einer mehr als tausendjährigen glorreichen Geschichte unseres österreichischen Vaterlandes zu diesem Thema Stellung zu nehmen: Ein Presseehrenbeleidigungsprozeß, den Nat.-Rat Dr. Stüber gegen Freund Kittel und mich anstregte, belehrte mich aber, daß es in diesem Lande sogar einige Vollakademiker gibt, an denen die Geschichte Österreichs spurlos vorüberging. Wir aber, wir österreichischen KZler, wir haben bevor uns Hitler die Freiheit nahm, viel gelernt, wir haben in der Schule gut zugehört, als uns unsere Lehrer von den Großtaten unseres Landes lehrten. Ja damals, als wir von den glanzvollen Taten des Sechshelden Tegetthoff, von der Regierungskunst Maria Theresias erfuhren, von Prinz Eugen, Erzherzog Karl, der Napoleons Heere schlug, oder wenn man uns die staatsmännischen Leistungen eines Metternich vor Augen führte, da wurde uns klar, daß dieses Land, an Flächenraum klein geworden, immer ein Großstaat bleiben wird. Und als uns Kanzler Seipel zeigte, wie man ein Land, knapp vor dem Untergang, wieder zur wirtschaftlichen und kulturellen Höhe führt, da wurde uns nur bestätigt, dieses Land hat als ein Großstaat auf engem Raum ein Mitspracherecht unter den anderen Großen dieser Erde. Die geographische Größe ist ebenso wenig entscheidend als die körperliche Größe eines Menschen. Diese Erkenntnis war auch der Grund, daß ich Herrn Nat.-Rat Dr. Stüber wegen seiner Äußerungen anlässlich einer Salzburger Rede und seiner Vorliebe für den Badenweilermarsch zwar derb, aber dafür offen meine Meinung sagte. Herr Dr. Stüber lief zum Kadi seines „systemdemokratischen Zwergstaats“

und verlangte meine und Kittels Bestrafung. Der Richter, ein korrekter und treuer Beamter seines Landes ließ sich auf politische Diskussionen natürlich nicht ein, sondern urteilte so, wie ihm das Gesetz den Weg wies. Wenn wir gegen das Urteil beriefen, dann nicht deshalb, weil wir der Meinung sind, der Richter hätte uns zu Unrecht verurteilt, wir sind vielmehr der Ansicht, daß hier die Schuld beim Gesetzgeber liegt. Seine Aufgabe wird es in Zukunft sein, Gesetze zur Hebung unseres Nationalbewußtseins zu schaffen, seine Aufgabe wird es sein, Gesetze zu erlassen, daß dieses aus Not und Trümmern wiedererstandene Land von jedermann, auch von immunen Personen, die zwar Geld von diesem „Zwergstaat“ beziehen, ihn aber nicht achten, respektiert wird.

Herr Nat.-Rat Dr. Stüber mag aber zur Kenntnis nehmen, das von ihm noch in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 zwar nicht verteidigte aber besungene „deutsche“ Wien ist in Rauch und Asche aufgegangen. Auf den Trümmern dieses traurigen Erbes haben österreichische Menschen, allen voran die politisch Verfolgten dieses Landes, ein neues Wien, ein neues Österreich aufgebaut. Wenn es Herrn Dr. Stüber gegönnt ist, in dieser Stadt, in diesem Land ein beschauliches Leben zu führen, dann verdankt er dies nicht zuletzt auch den von ihm so gehaßten KZlern. Bald wird über ihn als saisonbedingten Abgeordneten der Mantel des Vergessens gebreitet werden, sein von ihm gelästertes Vaterland wird ewig stehen.

Hans Leinkauf

Antiterror — Gesinnungszwang!

1927: Der Republikanische Schutzbund sieht den Augenblick gekommen, die gewaltsame Auseinandersetzung im Bürgerkrieg zu riskieren. Ein Urteil eines unabhängigen Gerichtes führt zum Generalstreik und zu Gewalttaten. Zum ersten Male bemerkt das sogenannte bürgerliche Volk, daß hier ein gewaltiger Feind der Freiheit und des Eigentums versucht, an die Macht zu kommen. Mit Gewalt treibt man die Menschen aus den Betrieben, zwingt sie zum Aufmarsch auf der Straße, zur gemeinsamen Demonstration, zum Bürgerkrieg. Wer in den Betrieben nicht mittut, den trifft der rote Vertrauensmann durch seinen Terror. Bald wagt niemand mehr, den roten Betriebspaschas zu widersprechen. Es geht nicht um Lohnforderungen, für deren Durchsetzung die Arbeiterschaft mit Recht die Solidarität aller Kollegen er-

warten kann, nein, es geht um politische Forderungen der Sozialdemokraten, um Klassenkampfparolen, um den Umsturz, die Revolution. Dazu will man Menschen haben, zwingen zum Ungehorsam, zum Gesetzesbruch, zur Sabotage und zum gewaltsamen Widerstand. Tausende brave Männer und Frauen trotzten dieser Gewalt und diesem Terror. Doch vergeblich. Immer mehr werden sie Opfer der roten Verfolger in den Betrieben. Immer mehr verspüren sie den Einfluß der roten Machthaber aus den Gewerkschaften, die einfach jeden, der ihnen nicht angehört, auf eine schwarze Liste setzen und, wenn er überhaupt noch eine Arbeit bekommt, in den Betrieben an zweite Stellen setzen.

Dem roten Terror folgt der Widerstand. Die Wehrverbände entstehen. Ihr Ziel ist Schutz den Verfolgten und Kampf dem Terror. Immer stärker wird

der Ruf in der Bevölkerung, endlich die Freiheit der Person, die Freiheit des Arbeitsplatzes zu sichern.

So muß schließlich das Parlament unter dem Druck der immer mehr sich zuspitzenden Verhältnisse zur Sicherung des Arbeitsfriedens am 4. April 1930 das Bundesgesetz zum Schutze der Arbeits- und Versammlungsfreiheit beschließen. Dieses Gesetz ging als Antiterrorgesetz in die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ein und sichert eines der Grundrechte des Menschen in der Demokratie.

Dieses demokratische Gesetz ist den Sozialisten ein Dorn im Auge. Die Superdemokraten lieben keine demokratischen Freiheiten, dort, wo sie selbst dadurch an der Ausübung einer skrupellosen Machtpolitik dadurch behindert werden.

Ihre Bemühungen gehen nun seit Monaten dahin, dieses Gesetz zu lockern, damit dem Gesinnungszwang wieder Tür und Tor zu öffnen, und das, was sie mit ihrer Propaganda nicht erreichen durch Zwang durchzusetzen.

Wenn da und dort christliche Gewerkschafter verneinen aus der Tatsache heraus, daß in Großbetrieben bereits vielfach der Gewerkschaftsbund zum Zwang geworden ist, einer solchen Lockerung zustimmen zu können und behaupten, daß heute andere Verhältnisse in den Betrieben wären, dann täuschen sie sich. Jedes Entgegenkommen in dieser Frage werden die Roten mit letzter Konsequenz ausnützen und gerade die christlichen Gewerkschafter werden dem Druck der roten Mehrheit nicht standhalten und neuerdings dem Terror ausgeliefert sein.

Seit neun Jahren kämpft unser Vaterland um seine nationale Freiheit. Haben wir nicht alle Ursache in unserem Lande selbst die errungenen Freiheiten zu schützen, ja zu stärken, anstatt wieder abzubauen? Wer am Antiterrorgesetz rüttelt, bringt die Gesinnungsfreiheit in Gefahr. Wer gegen den Terror ist, schützt unsere Betriebe. Wer den Arbeitsfrieden will, muß die Freiheit des Arbeitsplatzes respektieren! Darum Hände weg vom Antiterrorgesetz!

H. L.

das als „christlich“ oder katholisch bezeichnen.

Ich habe einmal im Landesgericht, selbst nicht als Häftling, bei einer Arbeitsleistung einem Manne begegnet, den der Justizbeamte zur Exekution führte. Ich sah dem jungen Manne in die flammenden, irre suchenden Augen und kann niemals mehr diesen Blick vergessen. Ich wußte nicht, was er verbrochen hatte, ich wußte allerdings, daß in den nächsten Minuten sein Kopf in den Fangkorb am Schafott fallen werde. Dem Justizbeamten selbst zitterten die Knie, als er uns zuflüsterte „ein Köpfler“. In der Nacht nach diesem Erlebnis schwur ich mir, als Katholik ein Kämpfer gegen die Todesstrafe zu werden. Und wenn Sie deshalb, Herr Pfarrer, meine ehrliche katholische Gesinnung bezweifeln, bleibt es Ihnen überlassen. Das Urteil über meine Haltung in dieser Frage wird wohl unser Herrgott einmal sprechen, vor den

Hans von Hammerstein:

„Österreich ist ein Zwischenland, zwischen Landschaften und Völkern, mitten inne den Völkern. Brücke nach dem Osten? Warum nur nach dem Osten? Immer schon war es auch Brücke nach dem Süden herüber und hinüber. Und warum nur Brücke? Brücken können einstürzen, man kann ausfüllen, was sie überbrücken sollen. Warum nicht Veste, vielleicht letzte Veste einer Kultur, die heute von wilden Wogen umbrandet wird? Herz Europas, oft genannt. Ein ehrenvoller und sehr begründeter Vergleich, wenn man sich vor Augen hält, wie viele Lebensadern der Kultur in Österreich zusammenströmen.“

Ein Pfarrer zur Todesstrafe

Raumangel in den letzten Nummern des „Freiheitskämpfers“ h' derten uns, einen nicht uninteressanten Brief eines geistlichen Herrn aus Oberösterreich teilweise zu bringen und eine Erwiderung anzuschließen, Wir wollen dies heute nachholen und dem Herrn Pfarrer, dessen Anschrift uns wohl bekannt ist, der aber wünschte sein Inkognito zu wahren, was wir gerne respektieren, antworten.

Herr Pfarrer beantwortet zuerst einige Fragen unseres Fragebogens aus der Jännernummer, um dann folgendermaßen fortzusetzen:

Jedoch hinsichtlich der Todesstrafe lehne ich die Ausführungen Kittels (gemeint ist der Artikel „Nie wieder Todesstrafe“, Nr. 1/1954, d. Red.) nicht nur ab, sondern muß leider leidenschaftlich gegen ihn Stellung nehmen. Ich glaubte immer, Kittel sei Tatkatholik. Nach den letzten Ausführungen jedoch muß ich dies bezweifeln und als katholischer Geistlicher muß ich es doppelt bedauern, daß geistig aufgeschlossene Häftlinge aus der Vergangenheit wenig gelernt haben, wie eben Kittel. . . . Wenn eine Persönlichkeit wie der Heilige Vater . . . spricht, und zwar für die Todesstrafe, dann gibt es für einen nur halbwegs getreuen Katholiken überhaupt kein Wenn und Aber . . .

Nein, meine Herren, hier sagt es Ihnen ein Geistlicher ganz frank und frei ins Gesicht, der ordentliche Staat hat eine letzte Sanktion und diese ist die Todesstrafe!

Soweit das Wichtigste aus dem Schreiben des Hochwürdigen Herrn Pfarrer. Es wäre verlockend, in gleich scharfer Weise zu erwidern. Allein meine Achtung vor dem Priester und meine Liebe zur Kirche, die der Herr Pfarrer bezweifelt, lassen mich rein sachlich die Argumente finden. Grundsätzlich sei entgegen, daß in der Frage der Todesstrafe auch eine Äußerung des Heiligen Vaters nicht letzte Gültigkeit haben kann. Mir ist der Begriff des „ordentlichen Staates“ bzw. der „Obrigkeit“ viel zu ungenau, als daß ich zu diesen Einrichtungen Vertrauen haben könnte. Gott gibt niemanden, keiner menschlichen Kreatur das Recht zu töten. Und wer dagegen verstößt wird nicht dadurch bestraft, daß seinen Frevel die Menschen sühnen, sondern einzig und allein nur wieder Gott selbst. Der Henker ist kein Werkzeug Gottes. Würde man nämlich der Auffassung beipflichten, daß es göttlicher Wille sei, jenem das Leben zu nehmen, der ein Kapitalverbrechen begangen hat, dann wären wohl der Scharfrichter und der Henker Vollstrecker dieses Willens. Man müßte sie fast als Priester, als Stellvertreter Gottes bezeichnen. Das werden Sie, Hochwürdiger Herr Pfarrer, doch bestimmt nicht wollen? Was ist nun der Henker? Wohl der gleiche Verbrecher als der, den er zu richten hat. Ja, noch mehr, er ist ein von der Gesellschaft dafür bezahlter, gedungener, amtlich geschützter Mörder. Und das soll dem Willen Gottes entsprechen. Die Hinrichtung soll der Katholik bejahen. Nein, Herr Pfarrer, nie und nimmer kann ich

ich unbelastet und mit reinem Gewissen hintreten kann. Ich war, Gott sei Dank, nie gezwungen, Leben zu vernichten. Ich habe dutzenden Dachauer Häftlingen den letzten Trunk spenden dürfen, ehe sie zusammenbrachen. Ich habe nie ein Tier getötet und mich nie gegen das Leben irgend einer Kreatur Gottes auf dieser Welt vergangen. Ich finde daher gerade das Eintreten geistlicher Herren für die Todesstrafe als unbegreiflich. Ich nehme es gerne auf mich, da und dort als der schlechtere Christ taxiert zu werden. Wer vor seinem Gewissen und seinem Herrgott in jeder Stunde seines Lebens froh und unbelastet bestehen kann, der hat auch ohne Sanktion von Priestern als Christ und Katholik gelebt. Deshalb schließe ich meine Antwort im gleichen Sinne, wie Sie, Herr Pfarrer, Ihren Brief an uns: Nein, Herr Pfarrer, hier sagt es Ihnen ein frommer und überzeugter Katholik ganz frank und frei ins Gesicht, nie wieder Todesstrafe.

Franz Kittel

Unsere außenpolitische Betrachtung

Kurt M. Bründl

Eine Schlacht verloren!

Wir meinen nicht einen der zahlreichen Kämpfe, die im Palais des Nations gegenwärtig ausgetragen werden, wir meinen aber auch nicht den blutigen Krieg in Indochina. Worauf wir anspielen wollen, das ist die gewaltige Wasserstoffbombenschlacht, die hauptsächlich in der Presse der demokratischen Welt freiwillig geschlagen worden ist.

„Nichts ist leichter, als eine große Macht zu mißbrauchen, sie über Gebühr zu gebrauchen!“ Präsident Eisenhower führte in seiner Grundsatzerklärung über die amerikanische Außenpolitik gegen Ende des vergangenen Jahres hiezu weiter aus: „Unser Land, das mächtigste der freien Nationen, darf niemals der für die Freiheit unerlässlichen Verhandlungsmethoden und der Anpassungsfähigkeit müde werden. Verlöre Amerika die Geduld und wendete es gegen andere freie Länder Zwangsmethoden an, so würde der von uns ausgeübte Zwang in den Augen unserer Freunde als Kennzeichen eines Imperialisten und nicht als das eines Führers betrachtet werden.“

Diese Erklärung, die auch heute noch als verbindlich angesehen werden darf, hat aber gerade in der Zeit der Vorbereitung zur Aussprache über die offenen Asienprobleme an Bedeutung merklich verloren. Ja, man wäre verlockt zu sagen, zeitweilig wurde die Stimme überlegender Vernunft von anderen, keinesfalls immer überlegten Aussagen übertönt, die manchmal die Ansicht des Präsidenten beinahe in ihr Gegenteil umzukehren drohten. So waren dann die Ereignisse am Vorabend der Genfer Konferenz nur noch ein Versuch, die zu spät als verfehlt erkannte Propaganda und ihre Wirkung auf die kleineren Völker des Westens auszubügeln. Jedoch die hauptsächlich von amerikanischen Informationsquellen selbst geschaffene Atmosphäre war so unerquicklich, daß politische Aktionen zu einer Klärung nicht mehr ausreichten. Genau das war es aber, worauf der Osten schon seit Berlin hoffte! Und als wollte das Schicksal selbst den Irrtum der „Macher der Weltmeinung“ korrigieren, traten immer mehr die wahrhaft heldenmütigen Verteidiger von Dien Pien Phu in den Vordergrund des Weltinteresses. Ganz ungewollt entspann sich da ein Zweikampf, bei dem erstmals wieder Mannesmut in europäischer Tradition über modernste Supertechnik eindeutig siegte, wenn auch die Dschungelfestung letztlich dem Druck der Übermacht nach monatelanger Belagerung erlag.

Heute schon kann gesagt werden: sie mißbriet, die Teilung der Welt in Besitzende und arme Teufel, die den Herrn über die A-, B-, C-Waffen gänzlich ausgeliefert sind. Verloren haben diese Schlacht aber jene „Generäle“ der psychologischen Kriegführung, die so offensichtlich die Führung der Politik an sich reißen wollten. Auch kopierten sie haargenau die Methoden, welche sich schon einmal eklatant als falsch erwiesen haben. Denn immer noch gilt das Gesetz, daß politische Ziele mit politischen Mitteln anzustreben sind. Wer andere verwendet, gibt zu, daß stilgemäße Methoden bereits versagt haben.

Wenn man den Berichten in der Presse folgt, so entsteht der zwingende Eindruck, es gäbe in manchen Ländern gar keine politischen Menschen mehr! So sehr herrschen bereits die Propagandisten im Politischen vor, daß trotz mehr-

Dr. Ernst Karl Winter:

„Es war die sinnloseste Tat der neueren Geschichte, das jahrhundertlang gewachsene Staatswesen Österreich zu zerschlagen.“

facher Warnungen erfahrener Sachkenner die einmal festgelegten Werbefeldzüge programmgemäß ablaufen müssen. Der Effekt solcher Aktionen ist dann ein unübersehbarer Haufen von Schwierigkeiten, wie sie in der westlichen Politik recht deutlich wurden. Denn es scheint, daß mindestens in den USA eine Zahl von Leuten durch den Lärm, den sie in der Presse entfachen, nicht nur das Publikum irrtümlich unterrichten, sondern daß diese Nur-Propagandisten auch bereits auf maßgebliche Persönlichkeiten der Politik einen beachtlichen Einfluß haben. Darauf ist ja auch die unelastische Art der politischen Methodik zurückzuführen, die schließlich schon lange vor Zusammenarbeit der Fernostkonferenz offenkundig war, jedoch von den entscheidenden Männern auf der Kommandobrücke der Weltmeinung aus unerfindlichen Gründen nicht rechtzeitig geändert wurde. Daher ereignete sich auch, was „Der Freiheitskämpfer“ schon zu einer Zeit aussprach, da die von Amerika inspirierte Weltpresse noch unisono dem „new look“ huldigte. Millionen zeitungsgläubiger Menschen in der westlichen Welthälfte sind nun die Opfer des Aberglaubens geworden, Politik

könne man tatsächlich mit einem Riesenaufwand an Propaganda allein entscheiden. Es entstand dabei übrigens auch der peinliche Eindruck, daß selbst Staatsmänner von Weltruf dieser Illusion aufgesessen sind. — In Genf sahen wir dann die Folgen dieser Autosuggestion!

Als wären es verspätete Romantiker, die heute in der Politik werken, so wurden schon in den ersten Tagen der Konferenz jene Staatsmänner überspielt, die den diversen Pressegötzen allzu große Opfer dargebracht hatten. Denn in Genf konnte eben weniger die Vorstellung eines Gesprächspartners über ein Problem als der Wille der Mehrheit der Teilnehmer gelten. Erstaunlich bald gelang es der englischen Diplomatie Wortführung des Westens zu werden, womit sie nicht nur neuerlich ihre reiche Erfahrung erwies, sondern auch Churchill die bittere Erinnerung an Bermuda vergessen ließ. Ernüchert und vielleicht auch um wichtige psychologische Erfahrungen bereichert, verließ hierauf Foster-Dulles die Stätte der Enttäuschung. Aber zu glauben, durch Abstinenz den Lauf der politischen Geschehnisse maßgeblich beeinflussen zu können, das scheint denn tatsächlich ein Novum.

Nach der Abreise des für die amerikanische Außenpolitik in erster Linie verantwortlichen Mannes haben jedoch die Gespräche keine Behinderung erfahren, ja sie begannen jetzt erst richtig. So versucht vor allem Frankreich unter der Führung des in früheren Konferenzen schon bewährten Außenministers Bidault in der Indonesienfrage doch zu einem halbwegs erträglichen Kompromiß zu gelangen. Denn nur ein Ausgleich zwischen den Kämpfenden könnte bei der gegenwärtigen Weltlage als positives Ergebnis gewertet werden. Jede andere Lösung ist mit einer Intervention auf beiden Seiten verbunden, was hieße, statt die Probleme in Indonesien zu bereinigen, sie ins Ungemessene zu vergrößern. Es wird aber auch zur Erlangung eines Kompromisses beachtlicher Stärke bedürfen, um die nun dort ebenfalls zu erwartende Demarkationslinie auch tatsächlich halten zu können. Mit dieser neuerlichen Teilung eines Landes dürfte dann die Ost-West-Grenze festgelegt sein: in Asien und in Europa.

Allein aber unser Vaterland Österreich, in ganz ähnlicher Grenzlandschaft gelegen, beweist, daß die politische Klugheit wohl auch andere Lösungen solcher komplexer Fragen kennt!

Durch das Mikroskop betrachtet

„Konferenzen wohin man schaut“

Natürlich sind wir froh, wenn sich die Leute, besonders die verantwortlichen Staatsmänner, zusammensetzen, die Lage besprechen, anstatt zu raufen oder gar Kriege zu führen. Zwecklos ist aber alles Beisammensein, wenn es jeder der Teilnehmer oder auch nur ein Teil von ihnen auf die optische Wirkung abgesehen hat. Der einfache Mann von der Straße kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die letzten Konferenzen der Politiker vornehmlich propagandistischen Zwecken gedient haben und, daß die eigentlichen Aufgaben und das Ziel — der ungeteilte Friede und die Wohlfahrt der Völker — weder in minimalsten Teilen erreicht, noch ein Weg gefunden wurde, gewisse hemmende Angstmomente auszuschalten, die vermutlich neben der ideologischen Andersartigkeit, der Hauptgrund der augenblicklichen weltpolitischen Situation sein dürfte. Mitunter gewinnt man das Bild von zwei Buben, die mit ihrer Stärke prahlend im Grunde ihres Herzens davor zittern, daß der eine dann doch zuerst hinfallen könnte. Trotzdem fordern sie sich aber gegenseitig auf mit: „No trau di herzhauen“, oder auf gut deutsch: „Versuche nur her zu schlagen.“ Das geht so lange, bis der eine aus lauter Angst, man könnte ihn einen Feigling zeihen und daraus den Schluß ziehen, er sei zu schwach, dann doch zuschlägt. Ungeachtet der Folgen, die daraus für das Leben und die Gesundheit der Beiden entstehen können, da ja die regulierende Vernunft in solch einem Moment vollkommen ausgeschaltet ist. Seit Bestehen des Menschengeschlechtes hat noch keine Waffe, und sei es die verderblichste gewesen, dazu beigetragen kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern. Auch diesmal nützt es nichts, mit der H-Bombe zu drohen, die angeblich bereits beide Rivalen besitzen. Wichtig ist meiner Meinung nach die Abkehr von der These eines sogenannten Rechtes des Stärkeren auf allen Gebieten des Lebens. Es muß der Wunsch und der Wille zur Macht der Gewalt unter allen Umständen gebrochen werden! Die Macht der Gewalt ist nicht eine Angelegenheit der Völker, sondern vor allem des sie beherrschenden Systems. Da aber jedes System nur wieder von Menschen getragen wird, ist letzten Endes die charakterliche Qualität der handelnden Personen das ausschlaggebende Moment. Erziehung des Menschen zur Menschlichkeit und zur Duldsamkeit muß oberstes Gebot werden! Erst dann werden Konferenzen von Erfolg begleitet oder gar nicht mehr nötig sein. Bis dahin können wir uns nur dem weisen Ratschluß Gottes überantworten und ihn bitten, das Gleich-

maß der Dinge und die Ordnung in der Welt wiederherzustellen.

Vorsicht mit Glossen,

das gilt selbstredend auch für die Zeitschrift „Forum“ (Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit), die jene Glosse der „Salzburger Nachrichten“ über die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Faschismus in Salzburg und die Reaktion der „Arbeiter-Zeitung“, des „Neuen Österreich“ sowie die Replik der „Salzburger Nachrichten“ unter die Lupe nahm. „Forum“ druckt auch eine Stellungnahme der Verfasserin der beanstandeten Glosse in den „Salzburger Nachrichten“, einer Frau Ilse Leitenberger ab. Das ist alles sehr löblich, besonders die verbindende Form, die allerdings an manchen Stellen eine gewisse zersetzende Tendenz nicht zu vermeiden in der Lage zu sein scheint. Dieser zersetzenden Tendenz wegen fühlen wir uns veranlaßt, kurz auch zu dieser Glosse des „Forum“ Stellung zu nehmen und unsere Kritik anzubringen. Wir wollen hier weder die Sprecher einer der angeführten Zeitungen sein, noch wurden wir beauftragt den Standpunkt unserer Partei dabei zu vertreten. Doch lassen wir einmal die Zeitschrift „Forum“ selbst sprechen: ...

„Es fragt sich ausschließlich nach dem Mechanismus, der sie zustande bringt, nach den hoffnungslos festgefahrenen Standpunkten einer „demokratischen Unabhängigkeit“ und einer „demokratischen Einigung“, die voneinander a priori nur noch das zur Kenntnis nehmen, was ihnen nicht in den Kram paßt — und die durch ihre nachträgliche Reaktion die vorsätzliche des andern immer wieder rechtfertigen, unfehlbar und rückwirkend rechtfertigen. Denn so nichtnazistisch konnten die „Salzburger Nachrichten“ ihre Glosse gar nicht gemeint haben, daß das „Neue Österreich“ nicht berechtigt gewesen wäre, sie ins Nazistische zu mißdeuten. Und so tief könnte das „Neue Österreich“ über eine den Russen von anderer Seite geleistete Schützenhilfe gar nicht besorgt sein, daß die „Salzburger Nachrichten“ dieser Besorgnis nicht mißtrauen dürften ...“

Wir fragen uns, ob diese Auffassung wirklich und überall berechtigt ist? Nämlich die Auffassung, daß z. B. das „Neue Österreich“ ihre Reaktion nur als Aversion gegen die „Salzburger Nachrichten“ und deren angebliche politische Stellungnahme brachte und nicht aus dem ehrlichen Bestreben heraus, Gefahren aufzuzeigen und Beleidigungen und Verhöhnungen von menschlichen Opfern einer vergangenen Tyrannei zurückzuweisen. Man darf nicht immer den guten Glauben und den Willen zur Wahrheit anzweifeln, (womit wir keine

Lanze für das „Neue Österreich“ im allgemeinen brechen wollen), doch grundsätzlich müßte dieser Standpunkt beachtet und vertreten werden. Wir glauben nur mehr den Taten und nicht den Versicherungen und Beteuerungen. In diesem Falle steht uns das „Neue Österreich“ näher, denn die charakterliche Haltung dieser Zeitung ist einwandfreier als die der „Salzburger Nachrichten“, was übrigens auch das „Forum“ in seinen Schlußsätzen, die wir im nachfolgenden bringen, zweifelsohne bestätigt. Wir schließen uns hier ganz dem „Forum“ an, wenn es schreibt: „Die „Salzburger Nachrichten“ sind eine ausgezeichnet redigierte Zeitung und ihr Chefredakteur Dr. Canaval ist ein ausgezeichneter Journalist, ist alles eher als ein „Normalbürger“, weder in seinem, noch in Ilse Leitenbergers, noch in unserem Sinn. Er weiß genau, was er will. Und er könnte es, wenn ihm daran läge, einmal in der Zeit auch genau sagen. Gerade im vorliegenden Fall wäre das ganz einfach gewesen. Er hätte nur sagen müssen, daß er einmal in der Zeit auch etwas gegen die Nazi sagen wollte.“ K. K.

Leni Riefenstahl

war bekanntlich sehr eng befreundet mit dem „Führer“. Sie verbrachte manche schöne Stunde an seiner Seite und kaum jemand wird es geben, der, wenn er ihren Namen hört, nicht von eigenartigen Gefühlen erfaßt wird.

Wie nicht anders zu erwarten, hat die Erstaufführung des Films „Tiefeland“ mit dieser Leni Riefenstahl den KP-KZ-Verband auf die Akazien getrieben und in einer Aussendung forderte er in gewohnter Weise zur Demonstration auf. Wir sind keine Berufsdemonstranten und hätten niemals demonstriert. Was wir aber ebenfalls nicht getan hätten, hat nunmehr der KP-Verband getan. In einer zweiten Aussendung stellt er plötzlich fest, daß nach einer Aussprache zwischen der genannten Künstlerin und den Funktionären der KP-KZler die Harmlosigkeit der Dame festgestellt wurde und die geplante Revolution nunmehr nicht durchgeführt wird.

Man wird von solcher Wendigkeit wohl eigenartig berührt und manches kommt da in den Sinn. Sollte eine Aussprache allein genügt haben, um die Herren von der Castellezgassee zur Überzeugung gebracht zu haben, daß die „Bekannte“ Hitlers fast eine „Widerstandskämpferin“ war. Wieviel Überwindung hat es dem Verband gekostet (und noch mehr Frau Riefenstahl) diese Versöhnung herbeizuführen?

Auf alle Fälle können diese Vorgänge weder unsere Meinung über Frau Riefenstahl, noch über den KZ-Verband ändern!

Wahlen kommen!

Im Herbst werden Wien und Niederösterreich wählen und der Ausgang dieser Wahlen wird bedeutsam sein. Es sind Wahlen von eminent politischer Wichtigkeit, sie müssen als solche vorbereitet werden und alle Sonderinteressen müssen zurücktreten. Primat der Politik ist die Parole. Primat der Partei wird gewöhnlich in Gegensatz gestellt zum Primat der Wirtschaft. Eine Klärung dieser Frage erfolgt sofort, wenn wir uns klar werden, was Politik eigentlich ist. Politik ist die Beschäftigung der Menschen mit den Problemen, Gegenständen und Angelegenheit des öffentlichen Lebens. Wenn wir dies bedenken, so sehen wir schon, daß die Fragestellung bzw. die Gegenstellung Politik und Wirtschaft irrig ist. Politik ist eben etwas ganz Weitreichendes, das Fragen der Wirtschaft, der Kultur, der Zivilisation, des Verkehrs im Innern und nach außen beinhaltet.

Es war immer so, daß in Zeiten, die einem Zusammenbruch folgten, die Stimmung antipolitisch im flachen Sinne wurde, weil man glaubte, durch Nichtbeschäftigung könne man den Folgen der Politik entgehen. Man beachtete dabei nicht, daß die Folgen der Politik schlecht waren, weil eben die Politik, unter deren Folgen die Menschen zu leiden haben, schlecht war.

Man wird dabei also gut tun, die Dinge ohne Scheuklappen zu sehen und zu erkennen, daß die Beschäftigung mit Politik selbstverständlich eine unerläßliche Aufgabe aller ist, soferne man nicht vorzieht, bloß das leidende Projekt der Politik zu sein.

Die politische Arbeit wird heute von den Parteien getragen. Das war nicht immer so. Früher gab es Verfassungen geburtsständischer Art, es gab und gibt Bemühungen, die Berufsstände als solche stärker zu Trägern der Politik zu machen, immerhin aber ist seit langem die Partei als solche die wichtigste Trägerin des politischen Lebens geblieben.

Die ÖVP ist unter den in Österreich bestehenden Parteien die einzige, die bündisch gegliedert ist, und zwar nach den Berufsständen: Arbeiter, Angestellte, Bauern, Wirtschaftstreibende. Das fordert bei den anderen Parteien viel Hohn heraus und trifft auch in den eigenen Reihen nicht immer auf volles Verständnis. Auch darüber braucht man nicht allzu erstaunt zu sein. Es liegt im Wesen der Menschen, sich nach einer Norm zu richten und alles von dieser Norm abweichende herabzuziehen und zu kritisieren. Die starren Massenparteien der Linken machen davon keine Ausnahme und kritisieren die

Österreichische Volkspartei in ihrer bündischer Zusammenfassung einfach deswegen schlecht, weil sie anders ist als die anderen. In Wirklichkeit ist die Sache so, daß der Mensch verschiedenen Kreisen angehört, von denen als der wichtigste Kreis der der Berufsgenossen — der Berufsstand — und der Kreis der Weltanschauungsgemeinschaft hervorgehoben seien. Diesen zwei wichtigen Bindungen trägt der Aufbau der Österreichischen Volkspartei auf natürliche Weise Rechnung. Was der einzelne in seinem Berufsleben erkennt und als nützlich anstrebt, dafür kann er am besten in eben diesem seinem Berufskreise, also in einem der Bünde der Parteien, wirken. Was er im großen als Ziel vor sich hat, wonach er den Staat aufgebaut haben will, das kann er im Wege seines Bundes nicht erreichen. Das wäre dort möglich, wo ein sozial ungeschichteter Staat vorliegen würde: eine reine Bauernpolitik etwa, in der der überwiegende Teil der Bevölkerung aus Bauern besteht, könnte im Wege des Berufsstandes „Bauernschaft“ auch große Politik machen. In einem sozial hochdifferenzierten Staat wie Österreich geht das natürlich nicht und die Interessen der einzelnen Bünde sind nicht immer identisch mit den Interessen des Ganzen.

Es ist auch nicht gut möglich, daß die große Politik einfach aus dem Ausgleich der sich unterscheidenden bündischen Interessen geformt wird. Gewiß ist Ausgleich eine der wichtigsten Aufgaben im Leben von heute. Wir haben erlebt, wohin jeder extremistische Standpunkt führt. Wir wissen heute, daß wir nur durch Ausgleich, durch das Abstimmen der gegenseitigen Interessen uns behaupten können. Dies ist ja eine der wichtigsten Aufgaben des Solidarismus. Und wir sollen diese ausgleichende Funktion, die die auseinanderstrebenden bündischen Interessen zum Wohle des Ganzen zusammenfaßt, durchaus hochschätzen.

Die großen Linien der Politik werden aber nicht durch den Ausgleich der doch ichbetonten Berufsinteressen gezogen, sondern aus der Einstellung zu den großen Fragen des menschlichen Lebens, also aus der weltanschaulichen Einstellung heraus, die zu ihrer Durchführung der Interessengemeinschaft der Partei bedarf. Daraus ergibt sich folgerichtig, daß im politischen Leben der Partei der Primat zukommt. Die starren, die Persönlichkeit mißachtenden Massenparteien, wie sie auf der politischen Linken existieren oder gedacht sind, haben selbstverständlich immer am Primat der Politik festgehalten, nur in einer entseelten Form, die die Menschen selbst

zu Bestandteilen der politischen Maschinerie entwürdigt. So wenig es aber möglich und auch zweckmäßig ist, freie Menschen von heute zu Untertanen etwa im Sinne früherer Jahrhunderte herabzudrücken, so wenig darf es geduldet werden, sie zu Bestandteilen einer mit den modernsten Mitteln der Beeinflussung arbeitenden politischen Diktaturmaschinerie von heute zu machen.

Die weltanschauliche Basis, von der die Österreichische Volkspartei ausgeht — es ist dies der christliche Humanismus — verhindert durch ihre Wertung der Einzelpersönlichkeit als Trägerin einer unsterblichen Seele ebenso jede Überspannung des im engeren Sinne Politischen, wie es durch die vorhandene Schwerkraft der bündischen Interessen geschieht. Hier in der Österreichischen Volkspartei wird Primat der Partei nichts anderes heißen, als daß diese die großen Linien nicht nach dem engen Standpunkt irgend eines Berufsstandes vollzieht, sondern daß sie die Politik aus dem Geiste des Solidarismus heraus gestaltet, in dem auch die kleineren Berufsinteressen sehr wohl ihre Wahrung finden.

Es ist eine Erfahrungstatsache der Geschichte, daß Versagen in der Innenpolitik sehr oft zur Flucht in eine aggressive Außenpolitik geführt hat. Das war immer dort der Fall, wo nicht eine große zusammenhaltende Einstellung von höherer Warte aus, als es die Bedürfnisse des täglichen Lebens sind, die Politik geformt hat. Würde, woran freilich nicht gedacht werden kann, ein Primat der Bünde anerkannt werden, so wäre es klar, daß nicht die einschichtigen Gedanken und ihre Träger sich durchsetzen würden, sondern die rücksichtslosesten. Selbstverständlich käme es dann zu einem Zusammenprall der verschiedenen Interessen und besonders nahe läge es dann, in einer aggressiven Politik irgend welcher Art den Ausweg aus dem entstandenen Dilemma zu suchen. Der unangetastete Primat der politischen Partei wird solche Gefahren gar nicht aufkommen lassen. Er sichert eine Politik der Mitte, der Verständigung und des Ausgleiches innerhalb der Partei und auch über die Partei hinaus.

Die Mitglieder der ÖVP-Kameradschaft sind daher verpflichtet, gegen alle bündischen Sonderinteressen die klare Parteilinie zu vertreten und dahin zu wirken, daß eine zielbewußte Politik des Solidarismus, der gegenseitigen Hilfsbereitschaft, alle fried- und freiheitsliebenden Österreicher unter der Fahne der Österreichischen Volkspartei eint.

R. P.

Richard Schmitz gestorben

Wir alle wußten um den Gesundheitszustand unseres hochverehrten Kameraden Richard Schmitz, der seit der KZ-Haft nicht besser geworden war. Trotzdem traf uns die Nachricht von seinem Hinscheiden mehr als hart. Schmitz gehörte doch zu den markantesten Persönlichkeiten des christlichen Lebens unserer Vaterstadt und darüber hinaus des öffentlichen Lebens unseres Vaterlandes. Seine Verdienste aufzuzeigen, würde den Rahmen dieses Nachrufes sprengen. Allein die Tagespresse brachte seinen bewegten Lebenslauf in seiner chronologischen Folge und berichtete von Schmitz' Wirken als Vizekanzler, Minister und Bürgermeister der Stadt Wien.

Als 1934 die Marxisten zum Klassenkampf mit brutalster Gewalt angetreten waren, auf den Barrikaden ihr Bürgerkriegsunternehmen zusammengebrochen war, unsere Stadt nach einem dreitägigen Generalstreik und einer völligen Desorganisation wieder zu arbeiten begann, da stand Richard Schmitz an der Spitze des verwaisten Rathauses, um nach dem Rechten zu sehen. Es ist eine historische Lüge, daß Schmitz mit Gewalt Seitz vertrieben hat. Erst als das Abenteuer der Roten mit ihrer völligen Niederlage beendet war und Wien einen Verwalter brauchte, stellte sich Richard Schmitz in hohem Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein der Stadt zur Verfügung. Es ist sein historisches Verdienst in der Zeit der Abwehr Wiens gegen die Bestrebungen des Nationalsozialismus mit starker Hand und großer Energie die Stadtgeschäfte zum Wohle der Wiener und Wienerinnen geführt zu haben. Die Wiener Höhenstraße und zahlreiche Assanierungsbauten in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krise und ungeheuren politischen Drucks durch die Deutschen waren und sind bis heute sichtbare Zeichen der unermüdlichen Aufbauarbeit von Richard Schmitz. Schmitz hatte auch in den Märztagen 1938 Wien mobilisiert. Er war der Führer der Vaterländischen Front in Wien und leidenschaftlicher Bekenner des christlichen Ständestaates, ein unerschrockener Kämpfer gegen die Verräter von rechts und links. Schmitz war ein Österreicher mit seiner eigenen Prägung, ein Patriot mit hohem sittlichen Verantwortungsbeußtsein für Staat, Stadt und Volk.

Es war also nicht zu verwundern, daß Schmitz keinen Tag unter dem Hitlerregime in Freiheit verbrachte.

In der Nacht des Einmarsches wanderte bereits Schmitz ins Gefängnis. Der erste Transport nach Dachau sah Schmitz in seinen Reihen. Und wenn die SS-Wachmannschaft in Dachau „hohen“ Besuch hatte, dann stellte man solchen pro-

minenten Besuchern auch Richard Schmitz vor. „Der Bürgermeister von Wien — Sie kennen doch dieses Schwein, sehen Sie doch seine Verbrechervisage“. Das waren die Worte, mit denen Richard Schmitz vom jeweiligen Lagerkommandanten vorgestellt wurde. Doch Schmitz, der hohe, hagere, intelligente Mann begegnete diesen Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten mit der ganzen Größe seiner Persönlichkeit. In seiner Haltung, seinem Blick lag die ganze Verachtung, die er für das Regime und diese Exponenten dieses Systems übrig hatte. Und wenn man glaubte, ihn durch schwere Schottergrubenarbeit müde zu machen, dann zeigte Schmitz, daß er nicht nur seine Arbeit im Ministerzimmer und Bürgermeisteramt am Schreibtisch verstanden hatte, sondern auch die manuelle Arbeit. Er beherrschte Krampen und Schaufel genau so gut wie die Feder und die Rede.

Ja, das war Richard Schmitz. Als einer seiner jüngsten Kameraden war ich immer stolz darauf, ihn als väterlichen Freund und guten Kameraden kennen und schätzen gelernt zu haben.

Wenn vielleicht mancher die Frage stellt, wie konnte z. B. Richard Schmitz all die Qualen, alle Pein und Verfolgung so ertragen, dann war es bei Schmitz seine Frömmigkeit und seine tiefe Religiosität. Schmitz war kein Gewaltmensch und kein Diktator, kein Hasser und kein Feind. Er hatte Verständnis für jegliche menschliche Kreatur. Und unvergeßlich wird uns, seinen Freunden, jener Tag in Dachau bleiben, wo Schmitz sich so in seiner ganzen menschlichen Größe zeigte. Als nämlich einmal wieder die Hölle los war, die SS mit „Bock“ und „Baum“ durch das Lager raste und die Atmosphäre schier zum Bersten war, da sagte ein Ungeduldiger: „Was werden wir einmal tun, wenn es anders wird, dann werden wir uns rächen“. Schmitz faltete seine Hände und sprach, seine Blicke zum Himmel gewandt: „Nein, wir werden nicht Rache üben, nicht vergelten, wir werden an die Stelle von Haß die Liebe setzen.“ Manche seiner Peiniger und derer, die heute noch immer nicht losgekommen sind von dem vergangenen System könnten sich an Schmitz ein Beispiel nehmen.

So hieß es Abschied nehmen von Richard Schmitz. Doch nur von seiner leiblichen Hülle. Die Idee, die er vertrat, sie bleibt fortbestehen. Schmitz war ein Demokrat. Und wenn die Linke das nicht wahrhaben will und glaubt, sein Erbe beschmutzen zu müssen, so bleibt die Tatsache bestehen, daß unbestritten das vaterländische Regime zwischen 1933 und 1938 den wertvollen Versuch unter-

nahm, der Demokratie neue Richtung zu geben. Manches, das unter dem Titel „Ständedemokratie“ abgelehnt wurde, finden wir heute in der Kammerdemokratie wieder. Und wer Freiheit richtig zu verwalten versteht, wird auch die Demokratie richtig zu ordnen wissen.

Wir beugen uns vor unserem lieben Kameraden Richard Schmitz und werden ihn, so lange wir atmen, niemals vergessen! Mit ihm aber auch das große Leid im Abwehrkampf und Opfergang des österreichischen Volkes zwischen 1933 und 1945.

Wir Dachauer grüßen unseren Leidensgefährten und versprechen ihm über den Tod hinaus unbeugsame Treue!

Franz Kittel

Freitag, den 30. April, wurde Richard Schmitz auf dem Wiener Zentralfriedhof zur ewigen Ruhe bestattet. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten war durch Bundesobmann Bundesrat Anton Frisch und den geschäftsführenden Bundesobmann Hans Leinkauf vertreten. Ein großes Kranzgewinde entbot den letzten Gruß seiner Kameraden aus der Kameradschaft.

Es wird in der Geschichte der Wiener Stadtverwaltung zu den traurigsten Tatsachen zählen, daß die Stadtverwaltung offiziell nicht vertreten war, dem Manne, der durch vier Jahre erster Bürger der Stadt war, kein Ehrengrab überließ und nicht einmal Blumengrüße überbrachte. Daß parteipolitischer Haß bis ins Grab verewigt wird, blieb den Wiener Sozialisten vorbehalten. Sie haben sich in den Augen aller anständigen Wiener selbst ein hartes und unverzeihliches Urteil ausgesprochen. Die roten Machthaber in Wien dürfen sich nicht wundern, wenn das Wiener Volk ihnen mit der ihnen gebührenden Verachtung begegnet.

*Im Brennpunkt
des Interesses...*

Fritsche

LEDERBEKLEIDUNG

MÄNTEL 10 Nappe... 920.-
Damen- u. Herren-
LUMBERJACK... 520.-
SHAKER... 560.-

Auch Ratenzahlung

WARENVERSAND

E. Fritsche

WIEN XII., FOCKYG. 51

TEL. B 28-4-89

Deutschnationale Schmierfinke

haben sich wieder einmal Dr. Alfred Missong, unseren lieben Freund ausgesucht, um in widerlichster und gemeinster Weise gegen die „Österreichische Volkspartei“ ins Feld zu ziehen. Der in Salzburg erscheinende „Arbeiter-Ruf“ hielt es für notwendig, in seiner Ausgabe vom 30. März d. J. einen Artikel aus der Feder Dr. Missongs, der im August 1946 in den „Österreichischen Monatsheften“ erschienen war, zu zitieren und die üblichen Bemerkungen von Deutschfeindlichkeit und Gehässigkeit der ÖVP gegen das deutsche Volk anzuhängen.

Wir kennen Dr. Missong, ein absoluter Anhänger der Idee der österreichischen Nation und schätzen ihn als solchen. Wir wissen auch, daß Dr. Missong zu seinen seinerzeitigen Äußerungen steht und in keiner Weise seine Meinung seit 1945 geändert hat. Doch über das Sachliche wird Dr. Missong in einem „Offenen Brief“, wie wir erfahren, noch seine Antwort den Schmutzfinken in Salzburg erteilen. Was uns interessiert, ist die Tatsache, daß man im „Arbeiter-Ruf“ liest, wie schändlich Österreich sich gegenüber dem deutschen Volk benommen hat und wie zur Illustration die „Neue Front“ kürzlich zum Fall Kesselring erklärte, wir

müßten froh sein, daß Herr Kesselring und das deutsche Volk aus dem Verhalten bestimmter Österreicher keine Konsequenzen zögen, weil sie uns nicht ernst nähmen. Diese unverschämte Überheblichkeit dieser ekligen Gesellschaft ist derart herausfordernd, daß man bald sehr energisch fragen muß, wie lange noch der Staatsanwalt zusieht, wie hier bewußt Vaterlandsverrat geübt wird. Wenn in dem oben genannten Artikel schließlich zum Schluß erklärt wird: „Wir werden nur zu verhindern wissen, daß solche Worte“ (gemeint die des Doktor Missong, d. Red.) „zu schnell vergessen werden“, dann nehmen wir diese Erklärung zur Kenntnis. So lange diese Herren, die unter Ausnutzung demokratischer Freiheiten Hochverrat betreiben, verhindern wollen, daß man vergißt, damit den Haß verewigen, werden wir noch weniger Veranlassung haben, zu vergessen. Allerdings wird eine Gegenüberstellung des Schuldkontos dieser Menschen gegenüber dem was nach 1945 ihrer Meinung nach geschah, jeden Vergleich aushalten. Die ÖVP wird gut daran tun, sich solche Äußerungen von Organen des VdU für die „Bürgerblockanhänger“ in ihren Reihen zu reservieren. F. K.

Glaube - Vaterland!

In Wien fand kürzlich die Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände statt, die verdient, über den Kreis der teilnehmenden Verbände hinaus besonders registriert und gewürdigt zu werden. Aus zwölf Verbänden trafen sich junge Aktivisten, fanatische Katholiken, die die Aktivierung der Christen im öffentlichen Leben sich zum Ziele gesetzt haben. Mit Mut und Begeisterung, Idealismus und Leidenschaft gehen diese Männer ans Werk und rufen alle Christen auf, aus ihrer Lauheit und Trägheit, aus ihrem Abseitsstehen und nur Kritisieren herauszutreten, selbst mit Hand anzulegen an der Neuordnung des öffentlichen Lebens und damit dem Lande das christliche Gesicht wieder zu geben. Während Marxisten, Liberale und Nationale emsig am Werke sind, um ihr gott- und kirchenfeindliches Tun zu verstärken, haben die Christen ihren Einsatz bisher vermissen lassen. Ein offenes Bekenntnis zum Glauben, aber auch ein rückhaltloses und mutiges Eintreten für Österreichs nationale Belange ist das Programm der neuen Arbeitsgemeinschaft. Der Christ, der österreichische Mensch stehen im Mittelpunkt der Betrachtung, ein christliches unabhängiges Österreich ist das

Ziel. Unsere Sprache ist wohl deutsch, aber unsere Art österreichisch, die österreichische Nation ist Realität. Das ist der Tenor des Programms dieser glühenden Aktivisten und das Unterpfand für ihren Erfolg.

Wie nicht anders zu erwarten hat diese Gründung nicht überall den ungeteilten Beifall gefunden. Raunzer und Nörgler, Besserwisser und Furchtsame sahen schon wieder die Welt zusammenbrechen und mancher fürchtet den Gegensatz zur katholischen Aktion. Keine katholische Partei, keine zweite katholische Aktion, aber Vorfeld der Kirche, hinaustreten aus dem Kirchenraum zur Mission, das ist die Antwort der Männer der Arbeitsgemeinschaft auf solche Attacken. Glaube und Vaterland! Parolen, für die unzählige Männer und Frauen in schwerster Stunde ihr Leben ließen! Wer denkt da nicht an Dr. Kastellec und Roman Scholz, an Engelbert Dollfuß und Richard Schmitz! und unzählige Unbekannte des Kampfes für Glauben und Vaterland! Möge es Gott geben, daß diesen Bestrebungen das christliche Volk von Österreich folgt zur großen Bewegung im Zeichen von Glauben und Österreich!

Murl.

Österreich ein „Zwergstaat“?

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stüber bezeichnete Österreich als „Zwergstaat“. Sein Anwalt, ein Herr Dr. Gussenbauer, bemerkte im Prozeß: „Was der Wahrheit entspricht“.

Österreich zählt	6,900.000	Einwohner
Schweden	6,760.000	„
Bulgarien	6,700.000	„
Schweiz	4,270.000	„
Dänemark	4,050.000	„
Finnland	3,887.000	„

Man sieht also, daß Österreich in Europa zu den Mittelstaaten gehört, obwohl wir auch nichts daran finden könnten, wenn wir wirklich ein Kleinstaat wären.

Jacob Burckhardt sagt in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen: „Der kleine Staat ist vorhanden, damit ein Fleck auf der Erde sei, wo die größtmögliche Quote der Staatsangehörigen Bürger im vollen Sinn sind. Der kleine Staat hat nichts als die wirkliche tatsächliche Freiheit, wodurch er die gewaltigen Vorteile des Großstaates, selbst dessen Machtideal völlig überwiegt“. „Die Macht ist an sich böse, gleichviel wer sie ausübe, sie ist kein Beharren sondern eine Gier und eo ipso unerfüllbar, daher in sich unglücklich und muß also andere unglücklich machen.“

Vielleicht können die eingangs genannten Herren, denen nur die Quantität zu imponieren scheint, aus diesen Worten Burckhardts einige Belehrung ziehen.

Im übrigen: Herr Stüber, der heute vom österreichischen Staat verächtlich spricht, wie vor 1945 (allerdings sehr abweichend von der Zeit 1945/46), nimmt doch als Abgeordneter zum Nationalrat von eben diesem, von ihm so verächtlich behandelten Staat Geld und beansprucht den Schutz der Gesetze dieses Staates.

Die weiteste Öffentlichkeit findet, daß ein solches Verhalten nicht gerade ein Musterbeispiel sittlicher Haltung darstellt. Es wäre Herrn Stüber zu empfehlen, die entsprechenden Gesetze des Dritten Reiches zum Schutze des Staates — wobei wir gar nicht an die Verquickung von Staat und Partei denken wollen — durchzulesen und sich zu überlegen, was ihm im Dritten Reich bei einer solchen Haltung gegen den Staat, dem er angehört und von dem er immerhin ganz stattliche Einkünfte bezieht, passiert wäre.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“ und „Bund österreichischer Freiheitskämpfer“. Redaktion und verantwortlich: Franz Kittel. Alle Wien I, Falkestraße 3. — Verwaltung und Auslieferung: Wien VIII, Laudongasse 16. — Druck: Typographische Anstalt, Wien VII, Halbgasse 9.

Österreich - erstes Opfer deutscher Aggression

Wohl kaum jemand in der weiten Welt wird seit dem 11. März 1938 nicht der Meinung gewesen sein, daß Österreich das erste Opfer deutscher Aggressionspolitik geworden war. Nicht anders formulierte daher auch unser Außenminister Dr. Leopold Figl seine Worte in Berlin. Diese historische Tatsache ist wohl auch der Ausgangspunkt für unsere Unabhängigkeitsbestrebungen und bildet den Grund dafür, daß wir Österreicher nie wieder einen Anschluß in welcher Art immer wollen.

Der deutsche Blätterwald entdeckte allerdings nach Berlin sein altes nationales Herz und in zahlreichen Artikeln stürzte sich die deutsche Presse über den „falschen Zungenschlag Figls“ her und versuchte nun klar zu legen, daß dies gar nicht so gewesen sei. Natürlich wäre der Einmarsch der deutschen Truppen keiner „Besetzung“ gleichzusetzen, von einer „deutschen Aggression“ könnte also gar nicht die Rede gewesen sein, der „Anschluß“ war schließlich eine deutsche Herzensangelegenheit. Mit anderen Worten die Deutschen versuchen, den gewaltsamen Anschluß Österreichs an Deutschland in unverschämter Weise als eine Volksbewegung nachträglich noch zu legalisieren.

Daß diese deutschen Pressestimmen nur so von Überheblichkeit, einer der hervorstechendsten Eigenschaften der Deutschen, strotzen, ist nicht zu verwundern. So schreiben sie vom „dummen Gerede Figls“ und dergleichen mehr. Wer ist denn schon der österreichische Außenminister, doch lediglich der Figl des „Zwergstaates“, der im großen Deutschen Reich Adolf Hitlers als Ostmark die lächerliche Funktion eines Gaues innehatte.

Immer wieder muß man sich fragen, ob die Deutschen nicht doch endlich Vernunft annehmen wollen und ein vernünftiges Verhältnis zu uns suchen könnten. Allerdings in Österreich selbst gibt es ja Kräfte, die der Meinung sind, daß wir geradezu auf den Knien bitten müßten, um wieder von den Deutschen ernst genommen zu werden. Wie schrieb doch die „Neue Front, wir könnten uns glücklich schätzen, daß Herr Kesselring die „Anpöbelungen“ von österreichischer Seite nicht ernst genommen hat. Und die „Neue Front“ druckt auch mit Wonne die Stellungnahmen der deutschen Presse über Figls Mission in Berlin ab.

Wir sind allerdings der Meinung, daß die österreichische Nation keine Ursache hat, zur deutschen Betteln zu gehen. Wir sind an einem vernünftigen und freundnachbarlichen Verhältnis zum deutschen Volk sicher interessiert. Aber niemals kann dieses Interesse uns dazu verleiten, uns selbst aufzugeben. Wenn man in

Deutschland daher vielfach glaubt, auf uns kleine Österreicher herabzusehen, dann werden wir Österreicher ihnen begreiflich machen müssen, daß wir als eine freie Nation unter allen Nationen auch von den Deutschen den Respekt verlangen, der im internationalen Zusammenleben üblich ist. Dazu gehört auch die Achtung vor unseren Staatsmännern. Für die Deutschen ist Figl unser Außenminister. Er hat als Anwalt des österreichischen Volkes nicht anders gekonnt als festzustellen, daß die Besetzung Österreichs im März 1938 begonnen hat und seit diesem Zeitpunkt fort-dauert. Der österreichische Mensch lehnt

es ab, sich von irgend einer fremden Nation, auch nicht von der deutschen, bevormunden zu lassen. Er ist mündig und gibt der Welt ein Beispiel an nationalem Aufbauwillen und internationaler Solidarität.

Dies möge die deutsche Prese zur Kenntnis nehmen — im Interesse einer wirklichen Verständigung unserer beiden unabhängigen Staaten. Die österreichischen Nachbeter dieser Presse allerdings werden sich früher oder später entscheiden müssen, welchem Staat sie endlich zugehören. Sie können nur Deutsche in Deutschland oder Österreicher in Österreich sein. Österreicher in Deutschland sind Gäste, genau so wie Deutsche in Österreich
Franz Bergmayer

Vom Sprichwort und seinem sozialen Gehalt

Daß „aller Anfang schwer ist“, wer von uns hätte dieses Sprichwort noch nicht gehört, noch nicht selbst gebraucht? Wer aber hat es auch als Wahrwort beachtet und seinen sozialen Gehalt erwogen? Ja, aller Anfang ist schwer; das heißt doch wohl, der Mensch, der endlich Aussicht hat, in eine bessere Stellung zu kommen, hat es schwer: jetzt, in diesem Augenblick, ist ihm eine Möglichkeit gegeben, vorwärtszukommen. Er weiß, es ist vielleicht die einzige, die letzte Möglichkeit. Bewähren oder untergehen, bestenfalls im alten Elend bleiben ist die Parole. Welche Last liegt also auf diesem Menschen und wie selten bedenken die, die ihn bei diesem Versuch zu beurteilen haben, die Größe seiner Last! Das Wissen um die Abhängigkeit vom Erfolg gleich beim ersten Anheb macht unsicher und oft scheinbar unbegabt. Und um wieviel schwerer noch ist der Anfang für den Älteren. Wer von vornherein „dazu gehört“ durch Geburt, Erziehung, Lebenslauf, hat es leicht. Den anderen, die sich solcher Vorteile nicht rühmen können, aber wird eine Verbesserung ihres Lebens oft unmöglich gemacht durch das Mißachten des Sinnes des Sprichwortes „aller Anfang ist schwer“. Mit ihren Lebenshoffnungen wird jedoch auch das kostbare Gesamtgut der Volksbegabung geschmälert und der Keim zu tiefer Verbitterung gelegt.

„Zeit ist Geld“, auch dies ein Wort, das zum Nachdenken zwingt. Wessen Zeit ist wessen Geld? Offenbar ist Zeit nicht das gleiche Geld, denn die Zeit des Arbeitslosen scheint weniger wert als die des Industriellen, des Wissenschafters, des Erfolgreichen. Zeit ist wessen Geld? Wenn der Arbeitende Zeit vertrödelt, so bringt er sowohl sich als den Arbeitgeber um Geld. Was aber ist es mit der Zeit des Arbeitslosen, des Kranken? Diese ist unter dem bloß wirtschaftlichen Gesichtswinkel so gut wie nichts wert. Das aber

ist eben Beweis, daß es falsch ist, dieses Sprichwort bloß unter diesem Gesichtswinkel zu verwenden. In der rein materialistisch gefaßten Anschauungswelt müßte es heißen: „Geld ist Zeit“, denn mit Geld kann man sich Zeit verschaffen — etwa indem man andere für sich arbeiten läßt —, nicht aber mit bloßer Zeit Geld. Nehmen wir aber die Zeit als Lebenszeit, die jedem von uns in beschränktem Maße gewährt ist, und Geld nicht wörtlich bloß als Münze, sondern als flache Umschreibung für jeden Wert-erfolg, so stimmt das Sprichwort und besagt, man solle jede Minute nützen, reicher zu werden: an Wissen, Erkenntnis, Leistung, und dann ist auch die soziale Ungerechtigkeit geschwunden, die darin besteht, die Zeit der Kleinen, der Gedrückten ungebührlich, unnötig und unbedankt in Anspruch zu nehmen.

„Durch Schaden wird man klug“, sagt zwar der Lehrer, aber er bestraft doch den Schüler. Es sagt's der Vorgesetzte und merkt sich den Betreffenden doch als ungeschickt vor. So müßte eigentlich Klugheit als Summe erlittenen Unheils erscheinen, was es doch gewiß nicht ist. Schaden macht eben nicht klug, sondern ängstlich und schon der pädagogische Anfänger wird wissen, daß es kein größeres Hindernis für Lernende gibt, als die Angst. So drängt sich bei diesem Sprichwort fast die böse Vermutung auf, daß man — ist man nur gewissenlos genug — durch den Schaden der anderen klug wird! Jeder wird ja in seinem Berufskreis solch wenig liebenswerte Elemente kennen, deren Tüchtigkeit vor allem in der beflissenen Aufdeckung von Irrtümern und Fehlern anderer besteht. Achtung auf solche, doch nicht Achtung vor ihnen ist dringend geboten.

Auch daß „alle sterben müssen“, ist ein oft und gedankenlos hingegesagtes Wort, dem man die äußere Wahrheit, daß jedem

der Tod bestimmt ist, nicht absprechen wird. Nur sollte es der Christ nicht so leichtfertig dahersagen, denn dem einen wird der Tod zur Verdammnis, dem anderen das Tor zur Seligkeit. Aber auch schon der sozial Denkende sollte diesen Spruch nicht allzu rasch gebrauchen. Wieviel schwerer ist doch der Tod des

Mannes, der weiß, daß seiner Familie nun Elend und Not beschieden ist. Die Sorge um das Los der Seinen ist die letzte schwere Last, die auf solche Menschen gelegt ist. Um das Heil der Seele muß sich der einzelne und muß sich die Kirche kümmern. Ihn aber von der letzten drückenden Hypothek, von der Sorge

um das Los der Zurückbleibenden, zu befreien, das ist Aufgabe des Staates und der Gemeinschaft.

Die Weisheit alter Sprichworte sollte nicht weiterhin ohne reale Wirkung sein! Die Zeiten sind dazu wohl zu ernst. Darum mögen diese Zeilen manche nachdenklich stimmen!
R. P.

Kulturpolitik und ihre Bedeutung

Wer Österreich bejaht, muß dafür sorgen, daß es in allen seinen Äußerungen, den politischen, den wirtschaftlichen und den kulturellen gesund ist. Das schließt aber aus, daß eine der drei Äußerungsformen überwiegt; das wäre schon deshalb ein ungesundes Wollen, da Kultur und Wirtschaft in engsten Wechselbeziehungen stehen und eine gesunde Wirtschaft ohne ein blühendes Kulturleben unmöglich ist.

Kein Zweifel, daß in Österreich der wirtschaftliche Neubau — denn um einen solchen handelt es sich bei den tiefgehenden Strukturänderungen durch Krieg und Nachkriegszeit — vordringlich ist und mit Recht beschäftigen daher Wirtschaftsfragen weiteste Kreise der Bevölkerung. Dennoch aber darf nicht übersehen werden, daß wichtiger noch die Durchführung einer großzügigen Kulturpolitik ist. Gehen wir scheinbar von dem hier angeschlagenen Thema ab und überlegen wir folgendes: weiß man, daß selbst in den Krisenjahren vor 1938 Österreich Strickereien, Kunstblumen, Handschuhe, Kleider, Krawatten und ähnliche Erzeugnisse im Werte von rund 100 Millionen Vorkriegsschilling exportierte? Daß zum Beispiel Modezeitschriften mit einer jährlichen Exportziffer von 5 bis 6 Millionen Schilling aufschienen? Den Modeartikeln zur Seite traten kunstgewerbliche und Geschmacksartikel, wie Ziergegenstände aus Holz, Eisen, Stahl, Glasschmuck, Keramiken, Papierkonfektion, Taschnerwaren, Spielwaren mit einem jährlichen Ausfuhrwert von mindestens 30 Millionen Schilling, österreichische Filme mit einem Ausfuhrwert von 12 bis 15 Millionen Schilling. Das sind gewaltige Summen, die österreichischer Geschmack ins Land brachte und, ist die Welt nur einmal wieder offen, wieder bringen wird.

Noch ein paar Zahlenbeispiele zur Verdeutlichung: rund 100 Millionen Schilling war der jährliche Wert unseres Modeexportes, genau so hoch war auch der Wert der Jahreseinfuhr an mineralischen Brennstoffen. Österreichs Tabakregie, übrigens ebenfalls Zeugnis österreichischen Geschmacks in Produktion und Werbung, führte jährlich für mehr als 25 Millionen Schilling Rohtabak ein,

unsere Ausfuhr an Stickereien hatte den gleichen Wert.

Alle diese Leistungen wären nicht möglich gewesen, wenn nicht ein ausgezeichnetes Volks-, Haupt- und Berufsschulwesen die in unserer Bevölkerung schlummernden Begabungen geweckt und gefördert hätten, wenn nicht heimatkundliche Veranstaltungen in allen Ländern Österreichs die Schätze der Überlieferung, des Brauchtums aus der Vergangenheit gerettet und zu neuem Leben erweckt hätten. Alle Mühe, alle Kosten, die also dem Wiederaufbau des Schulwesens gewidmet werden, kommen in ziemlich direktem Wege der österreichischen Wirtschaft zugute. Nicht vergessen darf dabei das wirklich hochstehende österreichische Volkshochschulwesen werden. Ist hier die Umsetzung der geistigen in materielle Werte auch nicht so rasch und prägnant sichtbar, so ist sie dennoch nicht weniger vorhanden, denn es ist selbstverständlich, daß eine sich fortbildende Arbeiter- und Angestelltenschaft aus weiterem Horizont bessere Leistungen erzielen wird, als eine in erlerntem Wissen verharrende.

Weiters muß, um die wirtschaftliche Bedeutung einer aktiven österreichischen Kulturpolitik zu ermessen, bedacht werden, was gute Fach- und Hochschulen, was eine blühende Theaterkultur, was musikalische und sonstige künstlerische Veranstaltungen von Rang an Fremden ins Land rufen. Die Bedeutung solcher Einrichtungen für den Fremdenverkehr ist kaum abzuschätzen: nicht nur werden unmittelbar für Reise, Aufenthalt usw., große Summen verausgabt, nicht nur werden Andenken, Musterproben angekauft, sondern es entwickeln sich aus solchen Anlässen auch dauernde wirtschaftliche Beziehungen, die für Industrie, Gewerbe und Handel von größtem Vorteil sind. Es sei nur auf die bedeutenden Summen verwiesen, die von den Fremden während der Zeit ihres Fach- und Hochschulstudiums verausgabt werden. Dies alles setzt natürlich voraus, daß die Kulturpolitik Österreichs auf Hochleistungen hinarbeitet und die österreichische Eigenart — denn diese interessiert die große Welt — in weltgültiger Prägung herausstellt. Dafür

aber ist wieder Voraussetzung, daß man die österreichische Kulturpolitik nicht verdorren läßt, sondern ihr die Mittel gibt, ihre großen und vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

Die Kriegs- und die nicht weniger bitteren Nachkriegsjahre haben gerade dem Kulturleben tiefe Wunden geschlagen. Nun muß vor allem die Jugend wieder in den kulturellen Reichtum Österreichs eingeführt werden, sie muß wieder erfassen, wie groß und verpflichtend die österreichische Leistung war — und wieder werden muß. Sie muß lernen am Erbe der Vergangenheit, muß lernen aus ihrer heimatlichen Art. Denn mehr als anderswo ist für uns Österreicher die Qualität der Leistung entscheidend, gilt das Wort, daß der Handel der Fahne des Geistes folgt.

Kulturpolitik geht von anderen Werteskalen aus als Wirtschaftspolitik und hat ihre Gesetze wie die Wirtschaftspolitik die ihren, aber beide haben den Menschen von dem sie ausgehen, und dessen Sicherung und Erhöhung sie anstreben, zum Träger und Gegenstand zugleich. Also sind sie auch verbunden und leben nicht ein voneinander gesondertes Leben. Daher darf gerade heute, in der Zeit wirtschaftlicher Not, nicht übersehen werden, daß diese Not zum Großteil geistiger Art ist, die mit geistigen Mitteln behoben werden muß. Unser Kamerad, der seinerzeitige Bundesminister für Unterricht, Dr. Hurdes, und sein Amtsnachfolger Bundesminister Doktor Kolb haben daher mit Fug und Recht die wirtschaftlich interessierten Kreise aufgerufen, mehr Verständnis und mehr Hilfsbereitschaft für die Kulturpolitik und ihre Erfordernisse zu zeigen und zu bewähren.

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten appelliert an dieser Stelle aber auch an alle verantwortlichen Stellen, darauf zu achten, daß in der Kulturpolitik ein bewußt österreichischer Kurs ohne nationalistische Einengung gehalten wird, durch den allein wir unser Bestes zeigen können.
R. P.

Alles für Österreich!

Prof. Ludwig Reiter:

Das habsburgerische Viereck

Unter den erlesenen Meisterwerken, welche gelegentlich der sogenannten „Amerika-Ausstellung“ der von den Habsburgern gesammelten Malereien gezeigt wurden, hat „Das Rosenkranzwunder“ von Caravaggio in Brüssel, Paris, Amsterdam, London, Oslo, Stockholm, Kopenhagen und den Millionenstädten der USA das größte Aufsehen erregt.

Der Schöpfer dieses Meisterwerks der Frühbarocke, Michelangelo Merisi, ist 1573 in Caracaggio bei Bergamo im Lombardischen geboren. Das Gebiet von Mailand war jedoch damals habsburgisch und ist es mit kurzen Unterbrechungen von 1525 bis 1859 geblieben. Dieser „Caravaggio“ hat nun das vielbewunderte Großbild im Jahre 1607 in Neapel geschaffen. Nun war aber auch Neapel in jenen Jahrhunderten habsburgisch. Das Wunderbild wanderte dann über See nach Antwerpen, das seit der Erwerbung von Burgund und den Niederlanden durch Maximilian I., also von 1477 bis 1797 ebenfalls habsburgisch war! In Antwerpen fand das Bild im Dominikanerkloster Aufstellung, von wo es von Kaiser Jo-

sef II. (von dem Ignoranten lächerlicherweise behaupten, daß er Freimaurer gewesen sein soll) im Jahre 1781 angekauft wurde. Seither fand Caravaggios Rosenkranzwunder einen Ehrenplatz in den kaiserlichen Sammlungen in Wien.

Lombardei, Neapel, Antwerpen, Wien: durch Jahrhunderte Bastionen habsburgischer Europa-Politik. Welche andere Macht hätte das Abendland so erlebt, so vorgelebt wie dieses scheinbar geringste der europäischen Länder, wenn man nach Quadratmeilen mißt. Betrachtet man den inneren Wert, so darf es sich den „mächtigsten“ unserer Zeit ruhig an die Seite stellen. Denn „Österreich ist Dienst an der Menschheit“ und „ohne das Salböl dieser universalen Weihe, kann Österreich nicht begriffen werden“ wie zwei unserer größten Dichter sagen.

Wo wir dieses „Österreich“ anfassen erscheint dieses riesige habsburgische Viereck: 1796, als Österreich wieder einmal, wie so oft vor- und nachher, gleichzeitig den Rhein und den Po verteidigte, befehligte seine Heere in Sieg und Niederlage die Feldherren Clerfayt, Wurmser,

Erzherzog Carl, Beaulieu, Latour, Alvinzy, Davidovich und Quosdanovich, Echtes Österreich. Clerfayt, Latour und Beaulieu waren Wallonen, belgische Niederländer aus einer unserer treuesten und tapfersten Provinzen; Wurmser war Straßburger, er hat 1796/97 Mantua 8 Monate gegen Bonaparte verteidigt und standgehalten bis er „Schuhsohlen und Schnurrbart verzehrt hatte“. Bonaparte gewährte ihm, seinen Offizieren und marschfähigen Mannschaften ehrenvollen Abzug! Alvinzy war siebenbürgischer Ungar, er hat dem Korsen lange vor seiner ersten Niederlage in der blutigen Riesenschlacht bei Aspern, am 6. November 1796 an der Piave die erste schwere Schlappe beigebracht, die mit Bonapartes Rückzug nach Verona endete! Davidovich und Quosdanovich waren, wie ihr Name beweist, kroatischer Abstammung. Erzherzog Carl aber, der in diesem Jahr 1796 die sieggewohnten Marschälle Joubert und Moreau am Rhein schlug, war in Florenz geboren. Weltweites Österreich! Der uralte Bogen, den schon Heinrich II. Jasomirgott schlug, als er irische Mönche und eine byzantinische Gemahlin erwählte: Von Meer zu Meer, völkerverbindendes Österreich!

=== Rat und Hilfe ===

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortlaufend für Rentenbezieher, Opferausweis- und Amtsbescheinigungsträger die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen sowie die Auslegung der Gesetze an Hand von praktischen Beispielen. In unserer Rubrik „Rat und Hilfe“ wird jeder politisch Verfolgte über den Stand seiner Rechte orientiert bzw. wird ihm bei der Erlangung seiner ihm gesetzlich zustehenden Rechte unsere Hilfe zuteil.

Außerdem werden in Hinkunft Briefe, die um Rechtsauskunft in allen, die politisch Verfolgten betreffenden Belangen an die Redaktion ergehen, im „Freiheitskämpfer“ beantwortet.

Vorstandsmitglied Kamerad Franz Kittel, Mitglied der Rentenkommission bei der Landesregierung Wien, steht außerdem jeden Montag von 17 bis 18 Uhr in Wien I, Falkestraße 3, 2 Stock, Zimmer 103, jedem ehemals politisch Verfolgten betreffs Auskunft und Beratung in allen Rentenangelegenheiten zur Verfügung.

Achtung! Geschädigte Beamte!

In Wiedergutmachungsfragen hält der Obmannstellvertreter der Wiener Kameradschaft, Zentralinsp. i. R. Haller-Heimann, jeden Montag von 17 bis 18 Uhr im Sekretariat, Wien I, Falkestraße 3, Zimmer 103, Sprechstunden ab.

Zur Beamtenentschädigung

veröffentlichen wir nachstehende Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 1. Oktober 1953.

I B 6 a (R)

a) Umrechnung: 1 RM = 1.50 S.

b) Bei Gegenüberstellung der Bezüge nach § 3 BEG. ist die Auszahlung für einen bestimmten Zeitraum und nicht in einem bestimmten Zeitraum maßgebend.

Im Namen der Republik!

Der Verwaltungsgerichtshof hat durch den Präsidenten Dr. Heiterer-Schaller als Vorsitzenden und die Räte Dr. Hrdlitzka, Dr. Umshaus, Dr. Dorazil und Dr. Naderer als Richter, im Beisein des Landesgerichtsrates Dr. Dolp als Schriftführer, über die Beschwerde des O. B. in Wien gegen den Bescheid des Bundeskanzleramtes vom 24. Februar 1953, Zl. 121.595-4/BE/1953, betreffend Beamtenentschädigung, nach durchgeführter Verhandlung, und zwar nach Anhörung des Vortragenden des Berichters sowie der Ausführungen des Beschwerdeführers und des Vertreters der belangten Behörde, Ministerialsekretär Dr. Alfred Heindl, zu Recht erkannt:

Der angefochtene Bescheid wird wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften aufgehoben.

Entscheidungsgründe:

Der Beschwerdeführer, der zu den im § 1 Abs. 1 des Beamtenentschädigungsgesetzes, BGBl. Nr. 181/1952 (im folgenden kurz mit BEG bezeichnet), angeführten Personen gehört, hat einen Antrag auf Auszahlung einer Entschädigung nach diesem Gesetz gestellt. Das Zentralbesoldungsamt stellte fest, daß dem Beschwerdeführer auf Grund seiner dienstrechtlichen Stellung am 31. März 1938 ein Diensteinkommen von monatlich S 670,— zustand. Es stellte weiter fest, daß dem Beschwerdeführer, der mit Ende Mai 1938 in den Ruhestand

versetzt worden war, für den Zeitraum bis zum 31. Juli 1938 Aktivbezüge flüssiggemacht wurden und daß er in der Folge nachstehende monatliche Ruhebezüge erhielt: Für die Zeit vom 1. August 1938 bis 30. Juni 1939 RM 481.71, für die Zeit vom 1. Juli 1939 bis 31. Dezember 1940 RM 516.20, für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. September 1941 RM 594.94, für die Zeit vom 1. Oktober 1941 bis 31. Dezember 1944 RM 610.45, für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1945 RM 333.— und schließlich für die Zeit vom 1. April bis 30. April 1945 RM 500.—. Diese Reichsmarkbeträge ergaben nach dem Umrechnungsschlüssel von 1 RM = 1.50 S umgerechnet nur für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1945 eine Einkommensminderung — von 25 Prozent — im Sinne des Beamtenentschädigungsgesetzes. Das Zentralbesoldungsamt erkannte demgemäß dem Beschwerdeführer für diesen Zeitraum einen monatlichen Entschädigungsbetrag gemäß § 3 Abs. 1 BEG von S 26.—, insgesamt daher S 78.—, zuzüglich der in Betracht kommenden Teuerungszuschläge zu. Gegen diesen Bescheid ergriff der Beschwerdeführer Berufung an das Bundeskanzleramt, in der er sich vor allem dagegen wendete, daß das Zentralbesoldungsamt bei der Gegenüberstellung der Bezüge das Einkommen, das dem Beschwerdeführer nach der Maßregelung zukam, von den Reichsmarkbeträgen fiktiv in Schillingbeträge nach dem Schlüssel 1 RM = 1.50 S umgerechnet und diese so umgerechneten Einkommensbeträge dem Einkommen des Beschwerdeführers am 13. März 1938 gegenübergestellt hat. Ferner gab der Beschwerdeführer an, daß ihm in der Zeit vom 1. August 1938 bis 31. Oktober 1940 monatlich nur RM 345.— zugeworfen seien, wobei er allerdings einräumt, daß er für diese 27 Monate eine Nachzahlung von RM 1930.37 erhalten hat. Das Bundeskanzleramt wies die eingebrachte Berufung mit Bescheid vom 24. Februar 1953 unter Bestätigung des erstinstanzlichen Bescheides ab.

Die beim Verwaltungsgerichtshof gegen diesen Bescheid des Bundeskanzleramtes eingebrachte Beschwerde macht Gesetzeswidrigkeit seines Inhaltes und — in einer innerhalb der für die Einbringung einer Beschwerde gemäß § 26 VwGG 1952 eingeräumten Frist vorgelegten Beschwerdeergänzung — Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften geltend.

Der Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde erwogen:

Die inhaltliche Rechtswidrigkeit des angefochtenen Bescheides erblickt der Beschwerdeführer darin, daß die belangte Behörde das von ihm nach der Maßregelung bezogene Einkommen im Verhältnis

von 1 RM = 1.50 S umgerechnet und den so ermittelten Schillingbetrag dem Vergleichseinkommen am 13. März 1938 gegenübergestellt hat. Eine solche Umrechnung sei im Beamtenentschädigungsgesetz nicht vorgesehen, vielmehr erst im Durchführungserlaß des Bundeskanzleramtes vom 31. Oktober 1952, Zl. 94.200-3/1952, festgelegt worden; sie sei deshalb nicht vertretbar, weil schon kurze Zeit nach der Annexion Österreichs die Reichsmark die Rolle des Schillings übernommen habe und eine Umrechnung im Verhältnis von 1:1 der Wirklichkeit näher kommen würde. Der Beschwerdeführer sei überdies als deutscher Offizier nach dem deutschen Wehrmachtspflegegesetz pensioniert worden, nachdem von Haus aus alle Beträge in Reichsmark festgesetzt gewesen seien. Die wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Umrechnung bestrafe die gemäßregulierten Offiziere ein zweites Mal. Durch Art. II der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1954 sei der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluß für null und nichtig erklärt worden. Da auch die Einführung der Relation 1 RM = 1.50 S eine Zwangsmaßnahme gewesen sei, sei auch sie null und nichtig und daher im vorliegenden Streitfalle nicht anzuwenden. Des weiteren sei durch § 4 des Schillinggesetzes, StGBL. Nr. 59/1945 (richtig wohl StGBL. Nr. 231/1945), festgelegt worden, daß in bestehenden Gesetzen oder Vorschriften enthaltene, auf Reichsmark lautende Bestimmungen vom 21. Dezember 1945 an nach dem Umrechnungsschlüssel eine Reichsmark ist gleich ein Schilling zu verstehen seien. Diesen Ausführungen des Beschwerdeführers kommt Berechtigung nicht zu. Denn der Wille des Gesetzgebers war, wie die belangte Behörde richtig ausführt, darauf gerichtet, bei der Feststellung der Einkommensminderung ein in Reichsmark ausgedrücktes Einkommen in österreichische Schillinge des Jahres 1938 im Verhältnis von 1 Reichsmark ist gleich 1 Schilling 50 Groschen umzurechnen. Dies ergibt sich aus dem Zwecke des Beamtenentschädigungsgesetzes, den Minderbezug des Einkommens zu erfassen, der sich seinerzeit aus einer Maßregelung ergeben hat und der nur durch die Gegenüberstellung der Schillingbeträge und der Reichsmarkbeträge nach dem im gegebenen Zeitpunkt in Geltung gestandenen Umrechnungsschlüssel (§ 1, zweiter Satz, der „Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich“, Deutsches RGBl. 1938 I Seite 253) erfaßt werden kann. Dies geht auch aus dem Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung (647 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (VI. GP) — siehe Erläuterungen zu

Punkt 1) hervor. Bei dieser Rechtslage war auf die weiteren diesbezüglichen Ausführungen des Beschwerdeführers nicht einzugehen. Die eingebrachte Beschwerde erwies sich demnach in diesem Punkt als unbegründet.

Die Beschwerde ist jedoch, soweit sie das Verfahren rügt, berechtigt. Der Beschwerdeführer hat nämlich in seiner Berufung gegen den erstinstanzlichen Bescheid auch die Berechnungsgrundlagen bemängelt und angeführt, daß ihm in der Zeit vom 1. August 1938 bis zum 31. Oktober 1940 bloß ein Vorschuß von monatlich RM 345.— anstatt des vom Zentralbesoldungsamt ermittelten Ruhegenusses von monatlich RM 481.71 bzw. RM 516.20 zugeworfen sei, wobei er allerdings einräumt, daß er für diese 27 Monate eine Nachzahlung von RM 1930.37 erhalten hat, die — entgegen der Auffassung des Beschwerdeführers — bei der Feststellung der Bezüge für den jeweils in Betracht kommenden Abrechnungszeitraum einzu beziehen ist. Die belangte Behörde hat sich jedoch mit dieser Einwendung im Berufungsverfahren nicht auseinandergesetzt und damit Verfahrensbestimmungen außer acht gelassen, bei deren Einhaltung sie zu einem anderen Bescheid hätte kommen können. Der Sachverhalt bedarf einer Ergänzung, weil aus den Verwaltungsakten die Unrichtigkeit des diesbezüglichen Berufungsvorbringens keineswegs entnommen werden kann. Die belangte Behörde hat es nämlich unterlassen, darzulegen, wie sie zu der Aufteilung der Nachzahlung für die Zeit vom 1. August 1938 bis zum 31. Oktober 1940 gekommen ist, die das Zentralbesoldungsamt vorgenommen hat. Die belangte Behörde beschränkte sich — in ihrer Gegenschrift — darauf, zu bemerken, daß durch die Nachzahlung der Pensionskürzung der durch die Kürzung der Pension verursachte Schaden vom Deutschen Reich gutgemacht wurde. Es läßt sich sohin die Richtigkeit der Aufteilung der Nachzahlung nicht prüfen. Nach dem Vorbringen des Beschwerdeführers — dessen Richtigkeit vorausgesetzt — könnte allenfalls bei — beispielsweise — gleichmäßiger Aufteilung der zur Auszahlung gelangten Nachzahlung von RM 1930.37 auf 27 Monate für die Zeit vom 1. August 1938 bis 31. Oktober 1941 eine Einkommensminderung im Sinne des § 3 BEG bestehen, die den Anspruch auf Entschädigung nach dem Beamtenentschädigungsgesetz begründet. Der angefochtene Bescheid war daher mit Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften behaftet, was zu seiner Aufhebung gemäß § 42 Abs. 2 lit. c Z. 2 und 3 VwGG 1952 führen mußte. Wien, am 1. Oktober 1953.

*Oeffentliches Krankenhaus
der Elisabethinen*

Linz, Bethlehemstraße 23

W. F. SOMMER

Kommanditgesellschaft + Stadtbau- und
Zimmermeister

Wien X, Ettenreichgasse 23

Großbrennerei

Leopold Hofkirchner

**Wien XXVI, Klosterneuburg, Martin-
straße 22-24 - Tel. 10 28**

Franz Krebs

Stadtzimmermeister

**Wien XVI, Huttengasse 28
Tel. Y 12 0 56**

Arme Schulschwestern III. O.S.F.

**Amstetten, N.-Ö., Rathausstraße 16
Fernruf 177**

Josef Wasmayer^s Söhne

Färberei, Chemische Reinigung, Großwäscherei

Fabrik: Linz, Friedhofstraße 4 - Fernruf 2 20 18
Konto: Allgemeine Sparkasse Linz 10.766

Filialen:

Linz, Landstraße 76, Promenade 5, Wr. Reichsstraße 46,
Wimhölzelstraße 25, Eisenhandstraße 43, Urfahr, Haupt-
straße 6 - Filialen in Wels, Steyr, Traun

Rheumaheilbad Bad Schallerbach

Oberösterreich

**Rheumatische Gelenkserkrankungen
Kinderlähmung**

Thermalquelle 37°C Naturwärme - Bäder im ständig strömen-
den Thermalwasser - 40 Einzelbäder - 2 große Becken für je
20 Personen - 2 Unterwassergymnastikbecken - 240 Ruhebetten
Physikalische Zusatztherapie

Jahresdurchschnitt: 13.000 Kurgäste - 280.000 Bäder
Ganzjährig geöffnet

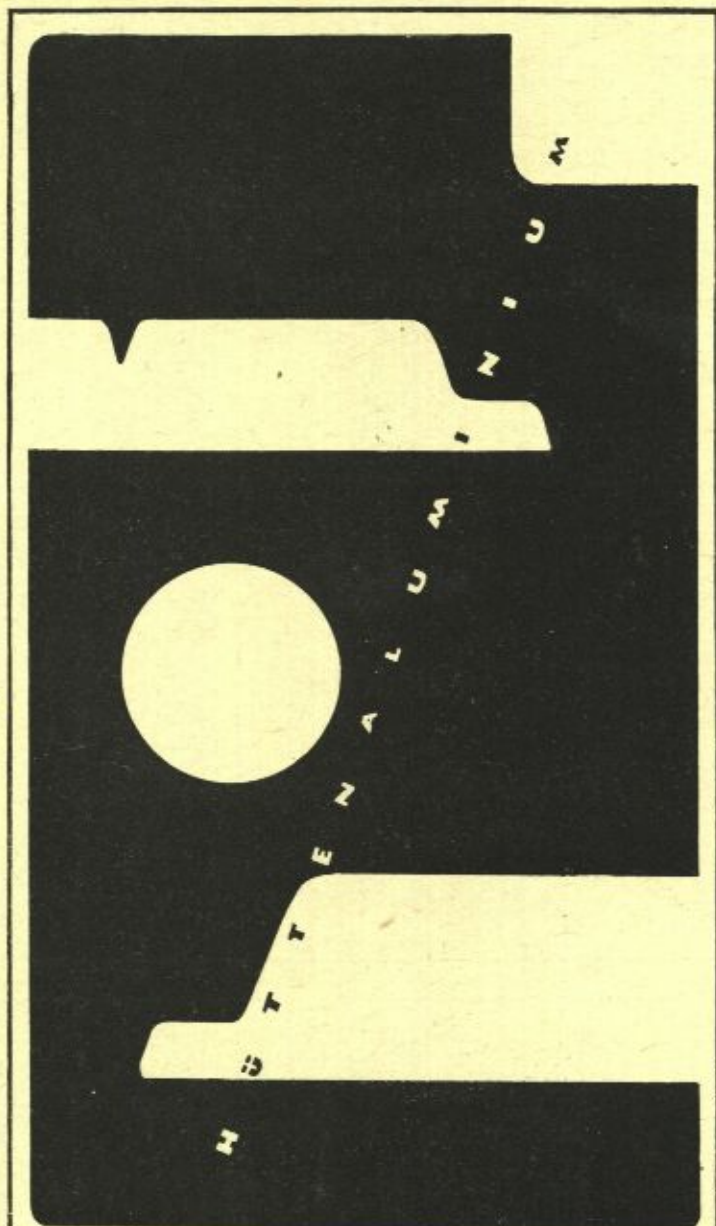
Familie

MAYER

Hotel Bayrischer Hof

GALLSPACH, O.-Ö.

Tel. 131-132



**aluminium
ranshofen**

VEREINIGTE ALUMINIUMWERKE • AKTIENGESELLSCHAFT
ÖFFENTL. VERWALTUNG d. BETR. BRAUNAU a. INN/UNTERLAUSSA

Bahnhofsrestauration

Attnang-Puchheim, O.-Ö.

Josef Königstorfer

Hotel Lothringen

BADGASTEIN

HOTEL ERSTEN RANGES

Thermalbäder in jedem Stock - Günstige Pauschal-
kuren in der Vor- und Nachsaison

Schulschwestern Ried i. I.

Kapuzinerberg 19 - Ruf 311

Volks- u. Hauptschule mit Öffentlichkeitsrecht -
Pensionat

Milchindustrie-Aktiengesellschaft

Wien III, Lechnerstraße 4, Tel. U 17 5 60

Bahnhof-Gaststättenbetriebe

Karl und Paula Murth

Linz a. d. Donau

GEMEINDE GALLSPACH

Sitz des Institut Zeileis

Kurort ganzjährig

GALLSPACH-OBERÖSTERREICH

Kameraden tragen das Verbandsabzeichen!

Das Stück um 3 Schilling, im Sekretariat der
ÖVP.-Kameradschaft, Wien 1, Falkestraße 3

**Verwaltung des
Allgemeinen öffentlichen
Krankenhauses der
Schwestern vom hl. Kreuze
in Wels, O.-Ö.**

Schmidmühle

Rannersdorf

Dipl.-Ing.

Josef Schmid & Co.

Joka

Allraum Bett

Joka-Werke, Schwanenstadt O.-Ö.

Telephon 197, 198, 199

Wien I, Singerstraße Nr. 27, Telephon Nr. 22 2 40 u. R 22 2 55

Graz, Conrad-von-Hötzendorf-Straße, Telephon Nr. 97 4 96

Salzburg, Bayerhammersstraße Nr. 1, Telephon Nr. 71 1 87



ENTWURF PROF. SCHUSTER

Auf
AUSTRO-SESSEL
sitzt man gut

WIESNER - HAGER - ALTHEIM, O.Ö.

Repräsentanz Wien: I, Herrngasse 2, Tel. U 26 0 31

Vertretung Graz: Münzgrabenstraße 38, Tel. 81 1 32

Vertretung St. Pölten: Kerensstraße 18, Telephon 20 44

Vertretung Salzburg: Franz-Josef-Straße 8, Tel. 72 6 73

Vertretung Dornbirn: Marktstraße 59, Telephon 21 12

park
Hotel

LINZ · AUSTRIA



FRIEDL & KUHNERT

Holz- und Fournierhandlung



Wien XIV, Hütteldorfer Straße 151

Y 13 3 66, Y 13 3 67

*Krankenhaus der
Barmherzigen Brüder*

Linz, Rudigierstraße 11

Benediktinerstift Lambach

Oberösterreich

Realgymnasium und Landwirtschaftsschule

Gebr. GRUNDMANN

Schlosserwarenfabrik, Grau- u. Tempergießerei, Herzogenburg, N.Ö.

Wiener Büro und Vertretung: Wien I, Singerstraße 14 · Tel. R 28 3 43

KAUFT BEI UNSEREN INSERENTEN!

KAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT FÜR WIEN

SEKTION HANDEL

WIEN IV, STALINPLATZ 11

TELEPHON U 46-5-60—69

TELEPHON U 46-5-60—69

Landesgremium Wien für den Handel mit LANDMASCHINEN (17 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit MINERALÖLEN UND MINERALÖLPRODUKTEN (27 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit SCHUHEN (9 b) Tel. U 46-3-55 IV, Argentinierstr. 13
Landesgremium Wien des Handels mit LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTEN (4) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien des Handels mit MÖBELN, FUSSBODENBELAG UND TAPETEN (23) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit SCHUHEN (9 b) Tel. U 27-1-68 Tel. U 29-4-98 I, Werdertorgasse 14
Landesgremium Wien für den LEBENSMITTEL- UND GENUSSMITTELGROSSHANDEL (1) Tel. U 16-2-83 Tel. U 18-2-17 III, Lothringerstr. 16	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit PAPIER, BÜROARTIKELN UND SCHREIBWAREN (12 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit SPIELWAREN, SPORTARTIKELN, KORBWAREN UND KINDERWAGEN (11 b) Tel. U 46-1-36 IV, Argentinierstr. 13
Landesgremium Wien des Kleinhandels mit LEBENS- UND GENUSSMITTELN (2) Tel. R 26-504 bis R 26-506 I, Krugerstraße 3	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PAPIER- UND SCHREIBWAREN, BUCHBINDEREIBEDARF UND POSTKARTEN (12 c) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien der STRASSEN- UND WANDERHÄNDLER, MARKTFAHRER, HAUSIERER UND MARKTHÄNDLER, DIE ANDERE WAREN ALS LEBENSMITTEL FÜHREN (30 a) Tel. R 23 092 Tel. R 28 455 I, Dorotheergasse 7
Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit LEDER-, GALANTERIE- UND BIJOUTERIEWAREN SOWIE KUNSTGEWERBLICHEN ARTIKELN (11 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit unverarbeitetem PAPIER (12 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Fachvertretung der TABAKVERLEGER (28 b) Tel. A 16-3-92 IX, Währinger Straße 26/3
Landesgremium Wien für den Handel mit LEDER, TAPEZIERER- UND SÄTLERBEDARF (10 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Kleinhandel mit PARFÜMERIE-, WASCH- UND HAUSHALTSARTIKELN (26 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien der TABAKVERSCHLEISSER (28 a) Tel. R 25-0-17 I, Krugerstraße 3
Landesgremium Wien der MARKTVIKTUALIENHÄNDLER Tel. R 23-0-92 (30 b) Tel. R 26-4-55 I, Dorotheergasse 7	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PARFÜMERIE-, WASCH- UND HAUSHALTSARTIKELN (26 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Handel mit TECHNISCHEM UND INDUSTRIELLEM BEDARF (17 d) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11
Landesgremium Wien für den Handel mit MASCHINEN UND PRÄZISIONSWERKZEUGEN (17 c) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit PHARMAZEUTIKA, DROGEN, TECHNISCHEM CHEMIKALIEN UND HANDEL MIT FARBEN UND LACKEN (25 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit TEXTILEN ROHSTOFFEN UND HALBFABRIKATEN (8 c) Tel. U 27-1-68 Tel. U 29-4-98 I, Werdertorgasse 14
Landesgremium Wien für den Großhandel mit METALLEN UND METALLHALBFABRIKATEN (16 d) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Handel mit Artikeln der PHOTOBRANCHE, KINOBEDARF, OPTISCHEN UND FEINMECHANISCHEN GERÄTEN (19 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit UHREN UND UHRENBESTANDTEILEN, JUWELN, GOLD-, SILBERWAREN, EDELSTEINEN UND PERLEN (15 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11
Landesgremium Wien für den Großhandel mit MINERALÖL, MINERALÖLPRODUKTEN, TREIB- UND SCHMIERSTOFFEN (27 a) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien für den Großhandel mit RAUHWAREN UND FELLEN (7 b) Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11	Landesgremium Wien des VIEHHADELS (5) Tel. U 16-2-83 Tel. U 18-2-17 III, Lothringerstr. 16
Landesgremium Wien des WEIN- UND SPIRITUOSEN-GROSSHANDELS (6), Tel. U 46-5-60 IV, Stalinplatz 11		